

**Diskussionspapier**

**Demografischer Wandel in den Kommunen –  
Strategische Handlungsansätze**

**Beschluss des Vorstands der Bundes-SGK  
vom 02. Dezember 2005**

## Demografischer Wandel in den Kommunen

### 1. Vorbemerkung

Die Prognosen der Bevölkerungswissenschaftler beinhalten zwei zentrale Aussagen: Unsere Gesellschaft altert und sie beginnt zu schrumpfen. Heutige Trends zugrunde gelegt, werden in 2050 auf eine Person im Rentenalter nur noch zwei Erwerbsfähige statt heute vier kommen. Daraus leitet sich die wichtige bundespolitische Debatte über die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme, der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, ab.

In diesem Diskussionspapier soll ein besonderes Augenmerk darauf gelenkt werden, wie sich der demografische Wandel in den Kommunen auswirken wird. Welche Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten hat Kommunalpolitik? Welche positiven Leitbilder müssen wir für die Zukunft entwickeln? Wie lernen wir, die Chancen einer älter werdenden Gesellschaft zu nutzen?

Es ist wichtig, den gesellschaftlichen Fortschritt und Gewinn herauszustellen. Die steigende Lebenserwartung bietet Chancen des Zugewinns an Lebensqualität im Alter. Demgegenüber stehen Herausforderungen, für die die Politik Lösungen finden muss. Dazu zählen die Anpassungserfordernisse der städtebaulichen Strukturen und der kommunalen Infrastruktur in den Regionen mit rückläufigen Bevölkerungszahlen. Und es geht um die soziale Absicherung der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die unser aller Unterstützung bedürfen.

Die Wirkungen des demografischen Wandels reichen ressortübergreifend in fast alle Politikfelder und berühren alle politischen Ebenen von der Kommune über die Länder bis zum Bund. Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Insofern können keine einfachen und übertragbaren Handlungskonzepte entwickelt werden. Jede Region, jede Kommune muss gemeinsam mit ihren Nachbarn eigene Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels finden. Interkommunale Zusammenarbeit ist mehr denn je gefragt.

Auch der demografische Wandel verweist einmal mehr auf das Erfordernis einer innovationsorientierten Wirtschafts- und Strukturpolitik. Um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen, sind qualitatives Wachstum und Produktivitätssteigerungen die besten Voraussetzungen, unseren Wohlstand zu sichern. Die Kommunen müssen deshalb ihre regionalen Stärken nutzen. Sie müssen ansässigen Unternehmen bei der Bewältigung des Strukturwandels helfen. Sie müssen neuen Existenzgründungen den notwendigen Rahmen bieten.

Die Weiterqualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Nutzung der Fähigkeiten und Kenntnisse der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Erfahrungen und Netzwerke wird eine immer größere Rolle spielen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen muss gesteigert werden, um ein qualifiziertes Arbeitskräftepotenzial zu sichern. Die Alterung der Bevölkerung wird veränderte Erwerbsbiografien mit sich bringen. Die Anforderungen nach mehr Flexibilität und einem lebenslangen Lernen der Erwerbstätigen werden durch die älter werdende Gesellschaft weiter wachsen.

Wir benötigen in den Kommunen einen vertieften gesellschaftspolitischen Diskurs, der sich mit den Ursachen und Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzt. Dabei geht es um mehr als die Verantwortung für konkrete, durch Kommunalpolitik gestaltbare Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in Gemeinden, Städten und Kreisen.

In den folgenden Abschnitten werden die in der aktuellen Diskussion des demografischen Wandels für die Kommunalpolitik zentralen Politikfelder angesprochen und erste Ansätze von Handlungsstrategien skizziert.

## 2. Kinder sind willkommen – Moderne Familienpolitik

Wie gelingt es, die niedrigen Geburtenraten in Deutschland und Europa zu erhöhen? Nur eine höhere Geburtenrate kann langfristig zu einer stabileren Bevölkerungsentwicklung führen. Wie muss die Gesellschaft der Zukunft aussehen, in der Frauen und Männer vermehrt die soziale Verantwortung des Elternseins übernehmen?

Der Rückgang der Geburtenraten in den letzten Jahrzehnten steht in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichem Wertewandel. Traditionelle Rollenzuweisungen hinsichtlich der Geschlechter und des Familienbildes sollten überwunden werden. Die Emanzipation individueller Interessen gegenüber traditionellen Bindungen und Zwängen schuf mehr Freiheit. Die Sozialdemokratie war in diesem Prozess immer auch ein Förderer des Emanzipationsgedankens. Parallel dazu stand der Ausbau und die Verbesserung eines Sozialstaates, der zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gemeinschaft öffentliche Verantwortung übernahm, wo früher traditionelle Bindungen private Verantwortlichkeit schufen. Diese Entwicklung hat einen Punkt erreicht, der zum Umdenken aufruft; nicht im Sinne einer konservativen moralischen Wende. Wir brauchen vielmehr neue Lebensentwürfe, die soziale Verantwortung und Bindung jenseits traditioneller Kleinfamilienstrukturen schaffen, um das Leben mit Kindern positiv zu besetzen.

Der Rückgang der Geburtenrate steht aber auch in einem Zusammenhang mit den sozialen Bedingungen, die Familien, Kinder mit Müttern und Vätern, in einer immer stärker ökonomisierten Welt erfahren. Die fehlende Entscheidung für Kinder ist auch ein Ausdruck mangelnder Vereinbarkeit von Berufswelt und Elterndasein. Unsichere wirtschaftliche Perspektiven und Zukunftsängste spiegeln sich ebenso in der persönlichen Lebensplanung.

Was heißt das für die Kommunalpolitik? Kommunalpolitik muss verstärkt darauf hinwirken, dass die Rahmenbedingungen für eine Entscheidung zum Elternwerden verbessert werden. Daraus folgert das Leitbild der kinderfreundlichen Kommune. Kinder sind willkommen!

Kommunalpolitik muss dieses Leitbild gemeinsam mit der Bevölkerung und den Unternehmen verwirklichen. Dazu benötigen wir das bürgerschaftliche Engagement der Älteren. Wir benötigen die Unterstützung der Unternehmen für die bei ihnen beschäftigten Eltern.

Die Lebensbedingungen von Kindern müssen verbessert werden. Stadtplanung ist aufgefordert, eine kinderfreundliche Umwelt mit der entsprechenden Infrastruktur bereitzustellen und dem entgegenstehende Belastungen abzubauen.

Kommunen tragen Verantwortung dafür, dass die Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, beruflichem Engagement und elterlicher Verantwortung miteinander zu verbinden erlaubt.

Soziale Vernetzungsprozesse müssen gestärkt werden. Dieses kann nicht die öffentliche Hand leisten. Hierzu bedarf es privater, nachbarschaftlicher und familiärer Netzwerke, die durch eigenes Engagement dazu beitragen, eine Atmosphäre zu bilden, die Kinder willkommen heißt. Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diese Netzwerke zu unterstützen.

Kommunalpolitik ist unter ihren jeweils spezifischen Bedingungen gefordert, dieses Leitbild mit Zielen zu konkretisieren und einen entsprechenden Entwicklungsprozess in den Städten und Gemeinden anzustoßen.

### **3. Offenheit für neue Nachbarn – Integration fördern**

In einer gelungenen Integration von Zuwanderern liegt die Chance, unsere Gesellschaft zu bereichern. Unsere schrumpfende Gesellschaft ist auf Zuwanderung angewiesen.

Die politischen Diskussionen über die Integration von Zuwanderern werden durch die Erfahrung mit der bereits hier lebenden zugezogenen Bevölkerung ausländischer Herkunft geprägt. Die Aufgabe der Integration der bereits in Deutschland lebenden ausländischen Familien und ihrer nachgezogenen Angehörigen wurde bisher nur unzureichend gelöst. Als besonders gravierend erweist sich in diesem Zusammenhang das fehlende Erlernen der deutschen Sprache und die damit verbundenen Barrieren. Die hieraus resultierenden Probleme, wie fehlende Ausbildung, Langzeitarbeitslosigkeit, erhöhte Kriminalitätsraten, die insbesondere in den Großstädten kumulieren, müssen dringend angegangen werden, um soziale Verwerfungen und Zuspitzungen zu vermeiden.

Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik des Förderns und Forderns. Die Schulen müssen ausländische Kinder und Jugendliche so fördern, dass sie für die Arbeitswelt ausreichend qualifiziert sind. Damit einher geht die Pflicht, zur Integration in unsere Gesellschaft auf der Basis der Werte des Grundgesetzes bereit zu sein. Das Erlernen der deutschen Sprache ist unter diesem Gesichtspunkt unverzichtbar und muss bereits in vorschulischer Bildung unter Einbeziehung der Eltern beginnen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik hat den Anspruch, quantitativ ausreichende und zielgruppengerechte Angebote an Sprachkursen vorzuhalten. Sie fordert aber auch eine stärkere Selbstverpflichtung, diese Angebote wahrzunehmen.

Den Zuzug jüngerer und höherqualifizierter Gruppen zu erhöhen, ist abhängig von der Frage, wie offen die Kommunen und ihre Bewohner für neue Nachbarn sind. Hier bedarf es weniger weiterer institutioneller Infrastruktur als eines entsprechenden öffentlichen Klimas. Ein Zuzug besser Qualifizierter wird grundsätzlich davon abhängen, inwieweit das heimische Erwerbspersonenpotenzial die Nachfrage der ansässigen Unternehmen nicht decken kann und diese entsprechende Anwerbestrategien anwenden. Es wird verstärkt im Interesse der Wirtschaft liegen, die Zuwanderungsmöglichkeiten qualifizierter Arbeitskräfte zu verbessern.

### **4. Qualitäten für das Leben im Alter – Neue soziale Netze schaffen**

Die steigende Lebenserwartung ist Ausdruck von gelungenem Fortschritt. Die hinzugewonnenen Jahre bedeuten für die allermeisten mehr aktive und gesunde Lebenszeit. Hierin liegen die Chancen der älter werdenden Gesellschaft. Diese Zeit darf nicht nur für mehr private Erfüllung und Verwirklichung genutzt werden. Es wird eine der wichtigsten gesellschaftlichen Entwicklungen sein, dass ältere Menschen sich aktiv in das gesellschaftliche Leben einmischen. Die künftig alternden Generationen haben die Chance, neue soziale Netze zivilgesellschaftlichen Engagements aufzubauen.

Diese Netze können auch dazu dienen, eine Ergänzung zur öffentlich bereit gestellten Infrastruktur zu werden. Denn eine Infrastruktur im Gesundheitswesen, der Pflege und Altenhilfe für alle diejenigen, die nicht mehr allein dazu in der Lage sein werden, ihren Alltag zu gestalten, bedarf zivilgesellschaftlicher Unterstützung.

Hierzu muss das soziale Miteinander im Alter die Schranken der Isolation überwinden, damit die Abhängigkeit von institutioneller Hilfe abnimmt und Selbsthilfe möglich ist. Das Miteinander im Alter und zwischen den Generationen muss eine neue Qualität entwickeln, damit das Ziel eines möglichst lange selbstbestimmten Lebens erreicht werden kann. Jung hilft Alt und Alt hilft Jung!

Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diesen Entwicklungsprozess mit anzustoßen, ihn zu fördern und zu unterstützen. Dazu zählt die Einbindung der älteren Bevölkerung in eine auf den Stadtteil, das Quartier, die Gemeinde oder das Dorf bezogene Entwicklungsstrategie zur Verbesserung der Lebensqualität. Es geht um Lösungen für Mobilitätsfragen, es geht um Lösungen für die nahräumliche Versorgung mit dem alltäglichen Bedarf, es geht um ambulante Hilfen für diejenigen, die es allein

nicht mehr schaffen. Es geht um Wohnumfeldverbesserung und die Initiierung neuer Wohnformen im Alter. Es geht um die Organisation von Diensten für das Quartier bis hin zu nachbarschaftlichen Hilfen.

Aus den Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt“, welches sich vornehmlich auf Stadtteile mit besonderem Handlungsbedarf aus sozialer und städtebaulicher Sicht richtet, kann gelernt werden, wie Prozesse angestoßen werden können. Kommunen müssen jene Ortsteile und Quartiere identifizieren, in denen die Gruppe der Seniorinnen und Senioren und Hochbetagten einen besonders großen Anteil ausmachen. Hier sollte prioritär damit begonnen werden, den Aufbau kommunaler Seniorenetzwerke anzustoßen.

Die alternde Gesellschaft wird neue Zukunftsmärkte schaffen. Neue Dienstleistungen und Güter für Menschen im Alter bieten neue Chancen zum Aufbau einer wachsenden Seniorenwirtschaft.

## **5. Neue Formen der Entwicklungsplanung in Gemeinden, Städten und Kreisen – Stadtumbauprogramme**

Bereits heute sind viele strukturschwache Regionen durch Bevölkerungsrückgänge gekennzeichnet. In der Stadt- und Dorfentwicklung werden neue Konzepte benötigt, wie mit diesen Schrumpfungprozessen positiv umgegangen werden soll. Entwicklungsplanung in Gemeinden, Städten und Kreisen wird sich von ihrer früheren Orientierung auf Siedlungswachstum und Infrastrukturausbau verabschieden müssen. Städtebauliche Aufgaben werden zunehmend Aufgaben der Entwicklung des Bestandes sein. Neben neuen Projekten, die es auch in schrumpfenden Orten und Städten geben wird, werden Umnutzungen, Umbauprozesse, Rückbau und die Konversion von bisher gewerblich-industriell oder militärisch genutztem Gelände die wesentlichen Herausforderungen der Zukunft darstellen.

Bei sinkenden Bevölkerungszahlen bedarf es zum Teil weit reichender Anpassungen in der baulichen und technischen Infrastruktur. Dieses betrifft nicht nur die Wohnungswirtschaft, die mit Leerstand und daraus resultierenden Rückbauerfordernissen konfrontiert ist. Standards in der leitungsgebundenen technischen Infrastruktur (Anschluss- und Versorgungspflicht) müssen überdacht werden. Rückbauerfordernisse müssen geprüft und dezentrale Insellösungen gefunden werden, wie z.B. die Selbstentsorgung von Abfällen, Kleinstkläranlagen oder die multifunktionale Nutzung von Schulgebäuden.

Der aus dem demografischen Wandel herrührende kommunale Diskussions- und Handlungsbedarf zur Formulierung von Leitbildern, Zielen und Maßnahmevorschlägen sollte in das bestehende Planungssystem eingebettet werden. In schrumpfenden Regionen ist es von besonderer Bedeutung, die örtliche Wirtschaft und die privaten Eigentümer von Immobilien mit in den Planungsprozess einzubeziehen und gemeinsame Ziele und Handlungsstrategien zu entwickeln.

In sämtliche fachlichen Infrastrukturbedarfsplanungen von der Schulentwicklungsplanung bis zum Abfallwirtschaftsplan muss die künftige Bevölkerungsentwicklung stärker berücksichtigt werden, um Fehlplanungen zu vermeiden.

Der demografische Wandel muss zentrales Thema der Regionalplanung, Kreisentwicklungsplanung und der interkommunalen Zusammenarbeit sein.

Stadtentwicklungsplanung und Flächennutzungspläne müssen an die veränderten Rahmenbedingungen angepasst werden. Es bedarf weiterer Konkretisierungen in der Stadtteilentwicklungs- und Ortentwicklungsplanung, in der Bauleitplanung und Plänen zur Umsetzung von Stadtumbauprogrammen sowie Maßnahmen der Sozialen Stadt.

## **6. Neuinterpretation des Ziels der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ – Sicherung der Daseinsvorsorge und Infrastrukturanpassung**

Der demografische Wandel hat unterschiedliche regionale Wirkungen. Die Entwicklungsdynamik wird auch weiterhin gespalten bleiben. Einer – immer größer werdenden – Gruppe von Regionen mit Schrumpfungstendenzen steht eine – kleiner werdende – Gruppe von Regionen mit teils kräftigem Wachstum gegenüber. Die Gleichzeitigkeit und das direkte Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen schafft in den einzelnen Regionen, Kreisen, Städten und Gemeinden jeweils einzigartige Problemkonstellationen. Der politische Handlungsbedarf wird deshalb sehr unterschiedlich sein. Empfehlungen können sich nicht auf Patentrezepte berufen.

Raumordnung war in der Vergangenheit stark darauf hin orientiert, dass Postulat der „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ in allen Teilräumen über den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zu erreichen. Die Jahrzehnte des Infrastrukturausbaus in der alten Bundesrepublik haben in weiten Teilen zu gleichwertigen Lebensbedingungen auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau geführt. Dieses gilt nach über fünfzehn Jahren Deutscher Einheit auch für einen großen Teil der ostdeutschen Städte und Gemeinden. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der demografischen Entwicklung wird nicht Ausbau sondern der Bedarf nach qualitativer Anpassung und Sicherung der Infrastruktur die nächsten Jahrzehnte prägen.

Können wir auch künftig noch die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen anhand der quantitativen Ausstattung und Erreichbarkeit öffentlicher Infrastruktureinrichtungen messen? Dort, wo Schrumpfungsprozesse stattfinden – insbesondere in Regionen mit einer unterdurchschnittlichen Bevölkerungsdichte – wird es notwendig sein, das Zentrale-Orte-Prinzip flexibler zu interpretieren. Anstelle von Ausstattungskatalogen müssen die funktionalen Ziele stehen. Denn die Zielerreichung wird künftig in den einzelnen Regionen auf unterschiedliche Art und Weise erreicht werden müssen.

Es bedarf flexibler Lösungen, wie auch künftig Kinderbetreuung, Schule, Weiterbildungsangebote, medizinische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Nahverkehr und andere notwendige Dienstleistungen für alle Teilräume gewährleistet werden können. Flexible und mobile Infrastrukturangebote nach dem Prinzip „Das Angebot kommt zur Nachfrage“ schaffen neue Angebote. Der Organisation von Mobilität und dem Zusammenführen von Nachfrage mit Angeboten unter Zuhilfenahme der Möglichkeiten des Internets und Mobilfunks wird ein verstärkter Stellenwert zukommen. Diese Entwicklung wird davon abhängen, dass die Betroffenen selbst gemeinsam getragene regionale Netzwerke schaffen. Kommunalpolitik kann diese nicht ersetzen, muss sie aber mit aufbauen, fördern und unterstützen.

Die Kommunen werden künftig stärker zusammenarbeiten müssen, um die Handlungsfähigkeit zu stärken und den Ressourceneinsatz und die Versorgungssicherheit zu optimieren. Sie müssen prüfen, inwieweit Funktionalreformen und Zusammenschlüsse zur besseren regionalen Aufgabenbewältigung erforderlich sind. Der demografische Wandel wirkt sich auch in den Verwaltungen selbst aus. Hierfür bedarf es eigener Konzepte im Rahmen der fortschreitenden Verwaltungsmodernisierung.

## **7. Folgerungen**

Es ist Aufgabe der kommunalen Vertretungskörperschaften, die gesellschaftspolitische Diskussion um Zukunftsbilder vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu führen. Außerdem sollten die kommunalen Vertretungskörperschaften die laufenden Planungsprozesse begleiten und dabei auf die Berücksichtigung des demografischen Wandels achten. Gegebenenfalls ist es Aufgabe der Vertretungskörperschaften neue Planungsprozesse dort anzustoßen, wo die Verwaltungen sich dieses Themas noch nicht angenommen haben.

Es bedarf einer Kommunikationsstrategie, wie lokale und regionale Diskussionsprozesse mit der Bevölkerung gemeinsam angestoßen werden. Gibt es bereits vorhandene Foren, regelmäßig tagende Gesprächskreise zwischen verschiedenen Akteuren oder Lokale-Agenda-Prozesse, die dazu dienen

könnten? Oder muss ein neuer Prozess mit einer eigenen Organisationsstruktur etabliert werden? Wir benötigen eine neue Generation von Stadtentwicklungsplänen zur Beantwortung der Fragen des demografischen Wandels, bei der die Beteiligung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft, der Bürgerinnen und Bürger sicher gestellt wird.

An die Länder und den Bund richten sich aus kommunaler Sicht vor allem folgende Forderungen:

Der demografische Wandel wird die bestehenden Ausgleichssysteme weiter belasten. Es ist aber unverzichtbar, ausgleichspolitische Zielsetzungen sicher zu stellen. Entscheidend wird die Debatte sein, auf welchem Niveau dieses geleistet werden kann, und ob es für alle Teilräume gleichermaßen gelten soll. Die sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfest gemacht werden. Die raumordnungspolitischen Vorgaben in der Landes- und Regionalplanung müssen an die Erfordernisse des demografischen Wandels angepasst werden. Die Kommunen benötigen Planungssicherheit. Insbesondere in den strukturschwachen und von starken Bevölkerungsrückgängen bedrohten Regionen müssen sie wissen, was an öffentlicher Infrastruktur noch leistbar ist und was nicht.

Schließlich muss für den interregionalen Ausgleich eine durch Bund und Länder initiierte Förderung der strukturschwachen Kommunen und Regionen zur Bewältigung der Herausforderungen gewährleistet werden. Unabhängig davon, dass die betroffenen Gemeinden und Städte alle Anstrengungen unternehmen müssen, ihre wirtschaftliche Entwicklung zu befördern, wird in vielen Fällen keine ausreichende Mobilisierung privaten Kapitals möglich sein, um notwendige Neuentwicklungen anzustoßen und die erforderlichen Anpassungsprozesse ohne öffentliche Investitionen und Hilfen zu finanzieren.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, vorhandene Ressourcen zu bündeln und Prioritäten zu setzen. Soll drohenden Niedergangsprozessen etwas entgegengesetzt werden, so bedarf es auch finanzieller Hilfen von außen. Der Einsatz von Fördermitteln seitens der Länder oder über Bund/Länder-Programme und EU-Strukturfonds, wie z.B. im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ sollte allerdings einer ständigen Überprüfung ihrer Zielgenauigkeit unterliegen. Da die Mittel knapp sind, müssen die damit finanzierten Projekte tatsächlich Impulsgeber für die erforderlichen Anpassungsprozesse sein. Mitnahmeeffekte müssen weitestgehend ausgeschlossen werden. Der Einsatz der verschiedenen Fördermittel muss aufeinander abgestimmt auf der Grundlage von machbaren Entwicklungskonzepten erfolgen. In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die bestehenden Förderkulissen zu überprüfen und die mit dem demografischen Wandel verbundenen Problemlagen bei der Zielbestimmung des Mitteleinsatzes zu berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den Kommunen wird sich gute Kommunalpolitik daran messen lassen müssen, ob es ihr gelingt, bürgerschaftliches Engagement einzubinden, mit anderen Kommunen verstärkt zusammenzuarbeiten, flexible Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu entwickeln und die jeweiligen Chancen zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in ihrer Heimat zu nutzen.

## 8. Wichtige Internetadressen mit weiterführende Informationen

**Demotrans**, Transferprojekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zum Demografischen Wandel mit Hintergrundinformationen zum Themenfeld „Demografischer Wandel und Arbeitswelt“

[www.demotrans.de](http://www.demotrans.de)

**Aktion Demografischer Wandel** der Bertelsmann-Stiftung mit einer breiten Übersicht über relevante Themen, Veranstaltungen und zahlreichen guten Beispielen aus einzelnen Kommunen unter dem Stichwort „Demografie konkret“

[www.aktion2050.de](http://www.aktion2050.de)

**Sozio-demografischer Wandel** – Welche Formen gesellschaftlicher Integration erfordert der sozio-demografische Wandel, der durch eine alternde Gesellschaft, veränderte Geschlechterrollen, vielfältige Lebensstile und unstete Erwerbsverläufe gekennzeichnet ist?

[www.fona.de/de/1\\_forschung/gesellschaft/sozio\\_demografischer\\_wandel](http://www.fona.de/de/1_forschung/gesellschaft/sozio_demografischer_wandel)

**Demografischer Wandel und räumliche Mobilität** - Das zunehmende Interesse an diesem Forschungsfeld führte zu einem themenbezogenen [Forschungsverbund](#) verschiedener Wissenschaftseinrichtungen aus Nordrhein-Westfalen. Mit einer [Themenbörse](#) für Studienarbeiten und Dissertationen möchte der Forschungsverbund junge Wissenschaftler in die Bearbeitung ausgewählter Fragestellungen einbinden. Vielfältige Materialien in der [Infothek](#) unterstützen schließlich den Informationsaustausch unter den interessierten Akteuren.

<http://www.demografie-und-raum.nrw.de>

**Soziale Lage und Demografie**, Internetseite der EU-Kommission mit weiteren Links und dem Grünbuch zum Thema

[http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/social\\_situation/links\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/employment_social/social_situation/links_de.htm)

**Demografiebericht des Landes Brandenburg**

[http://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.3682.de/db\\_end.pdf](http://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.3682.de/db_end.pdf)

**Zukunftsradar 2030** – Demografischer Wandel Herausforderungen für Rheinland-Pfalz

<http://www.zukunftsradar2030.de/>

**Forum Demografischer Wandel des Bundespräsidenten**, bietet eine sehr gute Zusammenschau mit zahlreichen weiteren informativen links

<http://www.forum-demographie.de/Startseite.10.0.html><http://www.forum-demographie.de/Startseite.10.0.html>